

BEIGEWUM

Mythen des Sparens

Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse

Herausgegeben vom

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen



VSA

BEIGEWUM
Mythen des Sparens

Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) verfolgt das Ziel, Öffentlichkeit für Ergebnisse kritischer Forschung zu schaffen und sie für alle zugänglich zu machen. Als Verein von SozialwissenschaftlerInnen mit Sitz in Wien besteht der BEIGEWUM seit 1985. Seitdem erstellt, diskutiert und verbreitet er alternative Konzepte der Wirtschafts- und Sozialpolitik und widerspricht dem herrschenden politischen Diskurs. Unsere inhaltlichen Schwerpunkte sind die Verteilungs- und Budgetpolitik, feministische Fragestellungen sowie Aspekte der Europäischen Integration. Vierteljährlich geben wir die Zeitschrift *Kurswechsel* heraus.

Mehr zu unseren Veranstaltungen, Projekten und Büchern auf www.beigewum.at.

Dieses Buch entstand in vielen Arbeitskreisen und Diskussionen, an denen unter anderem folgende Personen mitwirkten: *Beat Weber, Christa Schlager, Christine Mayrhuber, Elisabeth Springler, Georg Feigl, Jana Schultheiss, Joachim Becker, Lukas Oberndorfer, Markus Marterbauer, Oliver Prausmüller, Tobias Orischnig, Philipp Poyntner, Sven Hergovich, Valerie Bösch*. Vielen Dank für euer Engagement!

Kontaktadresse:

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts-
und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)
Postfach 162, A-1015 Wien
E-Mail: beigewum@beigewum.at
www.beigewum.at

BEIGEWUM

Mythen des Sparens

Antizyklische Alternativen
zur Schuldenbremse

Herausgegeben vom Beirat für
gesellschafts-, wirtschafts- und umwelt-
politische Alternativen

VSA: Verlag Hamburg

Die in diesem Buch abgedruckten Fotos zeigen öffentliche Dienstleistungen, die durch überbordenden Sparszwang und die Zerstörung des Öffentlichen verloren gehen bzw. weiter beschädigt und eingeschränkt werden könnten.

Die Fotos stammen von Alexander Gotter: »Die Wiener Gassen dokumentarisch, von oben und von unten und manchmal im rechten Winkel festgehalten«, sie wurden im Februar 2013 aufgenommen.

Die im Glossar (S. 136ff.) erklärten Begriffe sind im Text mit einem Pfeil (→) markiert.

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: kallejipp/photocase.com

Druck und Buchbindearbeiten:

Beltz Druckpartner GmbH & Co. KG, Hemsbach

ISBN 978-3-89965-555-1

Auch als eBook erhältlich:

ISBN ePub: 978-3-89965-810-1

ISBN pdf 978-3-89965-811-8

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Einleitung | 6 |
| Schulden-Mythen | |
| »Schulden sind böse – Sparen ist gut« | 13 |
| »Unser schuld- und zinsbasiertes Geldsystem führt in den Abgrund« | 21 |
| »Schulden kann man nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen« | 29 |
| »Privatisierungen helfen, Staatshaushalte wieder ins Lot zu bringen« | 35 |
| »Schuldenbremsen bremsen Schulden« | 43 |
| Spar-Mythen | |
| »Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt« | 51 |
| »Sparen trifft alle gleich« | 57 |
| »Sparen am Klima kostet nichts« | 67 |
| »Auch RentnerInnen müssen zur Haushaltssanierung beitragen!« | 73 |
| Euro-Mythen | |
| »Nur ein Euroaustritt der schwachen Länder löst die Probleme im Euroraum« | 81 |
| »Europa muss Deutsch lernen!« | 91 |
| »Nur eine marktkonforme Demokratie ermöglicht eine Lösung der Krise« | 97 |
| »Mehr sparen – weniger streiken!« | 105 |
| »Die Europäische Zentralbank heizt die Inflation an« | 117 |
| Alternativen zur Spar-Orthodoxie | 125 |
| Glossar | 136 |

Einleitung

Nach der vorherrschenden Meinung ist die Finanz- und Wirtschaftskrise längst in eine Staatsschuldenkrise übergegangen. Folglich scheint die einzige Lösung ein radikaler Sparkurs der öffentlichen Haushalte zu sein. Hierbei wird von Seiten zahlreicher PolitikerInnen sowie der Mainstream-Medien gerne an den Alltagsverstand der Bürgerinnen und Bürger appelliert. Denn die Schlussfolgerung ist vermeintlich nur allzu einleuchtend: Wer Schulden hat, muss sparen. Dass diese Feststellung aber so einfach wie ökonomisch falsch – jedoch leider weit verbreitet – ist, war für den BEIGEWUM Anlass genug, dieses Buch herauszugeben.

Wirtschaftspolitische Mythen zu widerlegen und zu dekonstruieren, ist wichtig, da nur so andere Ursachen für Probleme und Krisen aufgezeigt werden können, die wiederum zu anderen politischen Handlungsanleitungen führen können als der gegenwärtig verfolgten wirtschaftspolitischen Strategie. Und so werden in diesem Buch Mythen aufgezeigt, hinterfragt und ihnen eine alternative Interpretation gegenüber gestellt.

Das sechste Jahr des Krisenmanagements?

Wer bei Ausbruch der aktuellen Krise 2007 noch dachte, sie müsse der Katalysator für eine Reihe fundamentaler Veränderungen am → neo-liberalen Lauf der ökonomischen Dinge sein, muss im Jahr sechs des Krisenmanagements feststellen, dass diese Erwartung weitgehend enttäuscht wurde. Wie kam es dazu? Die Krise, die 2007 in den USA begann, durchlief mehrere Phasen.

Die Erschütterung auf den Finanzmärkten brachte die reale Wirtschaft ins Wanken: Handel und Produktion brachen ein, der Konsum ging in vielen Ländern zurück. Konjunkturpakete wurden geschnürt, um die Produktion, aber vor allem auch die Banken zu retten. Diese Maßnahmen, gepaart mit zurückgehenden Staatseinnahmen aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit und des schrumpfenden Konsums, führten in vielen Ländern zu nicht mehr zu finanzierenden Schuldenständen. Zudem verstärkte der sinkende Konsum die Rezession. Die FinanzanlegerInnen verlangten, nicht zuletzt auf Basis der Bewertungen durch Rating-Agenturen, immer höhere Zinssätze für Staatsanleihen der betroffenen Länder. Die Europäische Union und der → Internationale Währungsfonds griffen ein, sodass im Wechselspiel mit den nationalen Regierungen immer drastischere Sparpakete im Gegenzug für Finanzhilfen folgten.

Auf einmal wurde in der öffentlichen Diskussion der Staat, der noch zuvor Banken und Handel mit Milliarden öffentlicher Gelder »gerettet« hatte, zum Bösewicht und zum Verursacher der Krise stilisiert. Durch dieses Manöver lösten sich die Vertreter der → neoliberalen Ideologie aus der Schockstarre, in die sie bei Krisenausbruch kurzzeitig verfallen waren, und mühten sich nun, gewohnte Lehrsätze vom Staat als Wurzel allen Übels wieder aufzuwärmen. Genau auf diese Mythen rund um Schulden, Sparen und auch den europäischen Diskurs wollen wir in diesem Buch eingehen.

Die drei U der Krisenursachen: Ungleiche Verteilung...

Die Ursachen der Krise liegen größtenteils schon in der Zeit vor dem Beginn der aktuellen Krise: Bereits seit Jahrzehnten lassen sich Tendenzen in der Wirtschaft feststellen, die früher oder später unweigerlich zu einer erneuten Krise des kapitalistischen Systems führen mussten. Es sind die so genannten drei U – ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen; unregulierte Finanzmärkte; makroökonomische Ungleichgewichte.

Schon seit Beginn der 1980er Jahre lässt sich international der Trend feststellen, dass der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt (BIP) abnimmt. So sank dieser Wert in Deutschland zwischen 1981 und 2012 um ca. 8 Prozentpunkte (pp), in Österreich sogar um ca. 11 pp. Aber nicht nur der Gesamtanteil aller Löhne am BIP sinkt, auch die Verteilung innerhalb der Löhne und Einkommen wird immer ungleicher: Der Gini-Koeffizient, der angibt, wie gleich bzw. ungleich Einkommen verteilt sind, ist etwa in Deutschland von 1985 bis 2005 um 15% gestiegen. Dies bedeutet, dass die höheren Einkommen im Vergleich zu den niedrigeren immer höher werden. Gleichzeitig führt diese ungleiche Verteilung zu Rekordgewinnen bei den Unternehmen und hohen Dividendenausschüttungen bzw. einer Anhäufung von Vermögen, das zum Spielkapital am Kasino des Finanzmarktes wurde. Denn Vermögende neigen eher zu risikoreichen Finanzanlagen, was gepaart mit immer weniger regulierten Finanzmärkten eine der langfristigen Ursachen der Krise ist.

... unregulierte Finanzmärkte...

Die Begünstigung der Wohlhabenden hat nicht nur die soziale Ungleichheit weiter verstärkt, sondern zusätzliche Mittel in den ohnehin schon an Liquidität überquellenden Finanzsektor kanalisiert. Die Deregulierung der Finanzmärkte – eines der zentralen Dogmen → neoliberaler Wirtschaftspolitik – erhöhte die Kurzfristorientierung und

das Risiko, damit aber auch die Ertragschancen. Investitionen in der Realwirtschaft wurden weniger lohnenswert, da sie sich mit den Renditeaussichten auf den globalen Finanzmärkten zu messen hatten, die oft weit höher waren. Die wachsende Zahl der Finanzkrisen seit den 1980er Jahren zeigte bereits vor der jetzigen Krise, dass diese Renditeaussichten alles andere als stabil sind. Vielmehr folgt auf übertriebene Boomphasen ein Einbruch der Erwartungen, gefolgt von einem ebenso übertriebenen Rückzug der AnlegerInnen und damit verbundenen Kurseinbrüchen. Dabei konnten die BefürworterInnen der Finanzmarktderegulierung auch ihre finanzielle Macht politisch nutzen und zu immer mehr Freiheiten gelangen – und damit wiederum zu noch mehr finanzieller Macht, obwohl die insgesamt negativen Folgen immer offensichtlicher wurden.

Trotz wachsender systemischer Risiken wurden die Beschränkungen im Finanzcasino so immer stärker dereguliert und zusätzlich wurde zugelassen, dass zunehmend auch mit fremdem Kapital direkt durch Kredite und indirekt mittels Spareinlagen sowie impliziten Haftungen der Allgemeinheit durch Risikoübernahmen des Staates (»too big too fail«) spekuliert werden konnte.

... und makroökonomische Ungleichgewichte

Als drittes Phänomen ließe sich in den letzten Jahren eine immer größer werdende Kluft zwischen Ländern mit → Leistungsbilanzüberschüssen (selbst ernannten »Exportweltmeistern« wie Deutschland, Japan oder China, aber auch Österreich, Finnland oder den Niederlande innerhalb Europas) und Ländern mit → Leistungsbilanzdefiziten (USA, Spanien, Großbritannien, innerhalb der Eurozone auch Griechenland und Portugal) beobachten. Diese Leistungsbilanzungleichgewichte in Europa sind – neben unterschiedlichen Ausgangslagen im Hinblick auf die Abhängigkeit von Energieimporten oder Auslandskapital oder Immobilienblasen – vor allem auch wegen der geringen Lohnzuwächse (siehe Ursache Nummer eins: ungleiche Einkommensverteilung) in Deutschland entstanden. Da die Löhne gleichzeitig die wichtigste Quelle für die Gesamtnachfrage sind, führten die Reallohnrückgänge in der größten europäischen Volkswirtschaft dort auch zu einem besonders schwachen Importwachstum – und damit zu schlechten Exportmöglichkeiten anderer Länder nach Deutschland. Früher konnten diese Unterschiede zum Teil durch die Wechselkurse ausgeglichen werden, doch in einem gemeinsamen Währungsraum war dies nicht mehr möglich.

→ Leistungsbilanzüberschüsse bedeuten, dass mehr Leistungen an das Ausland »geliefert« werden als den Konsummöglichkeiten ent-

sprechen bzw. als dort Zahlungsmittel für den Konsum zur Verfügung stehen würden. Daher bildeten sich in den Ländern mit Überschüssen Forderungen an zukünftige Leistungen – vermittelt vor allem über das Finanzsystem. Es entstand ein perverses System: Der Boom in den heutigen Krisenländern wurde durch Kredite über Privatbanken an die dortigen Banken und andere AkteurInnen aufrechterhalten. So konnten die kreditgebenden Länder weiter in diese Länder exportieren. Dies führte unter anderem auch dazu, dass zum Beispiel deutsche Banken bis zur Krise zu den größten GeldgeberInnen des griechischen Staates oder spanischer Banken zählten. Und deshalb ist eine öffentliche Debatte, die Überbrückungskredite mit drastischen Auflagen als unangemessene Geschenke für »faule Südländer« kritisiert, so unangemessen.

Im Wesentlichen sind also die beschriebenen drei Ursachen wechselwirkend verantwortlich dafür, dass es zu einer Krise im Kapitalismus kommen musste.

Über dieses Buch

Dieses Buch ist Teil einer Buchreihe des BEIGEWUM, die wirtschaftspolitische Mythen hinterfragt. Unter Mythen werden »symbolisch aufgeladene Erzählungen mit zweifelhafter realer Grundlage« verstanden. Zeitgenössische Mythen geben sich den Anstrich von Unschuld und Natürlichkeit und lenken dadurch die Aufmerksamkeit von den sozialen und historischen Ursachen und Bedingungen ihres Gegenstands ab. Sie appellieren gern an den gesunden Menschenverstand und lassen Phänomene unabänderlich und selbstverständlich erscheinen, die es gar nicht sind. Sie lassen die spezifischen Interessen hinter einer Aussage verschwinden. Sie befördern Passivität, denn Sprache wirkt in Mythen nicht als Kommunikation, sondern eher als Einschüchterung (vgl. Barthes 1964).

Schon im Jahr 2000 hat der BEIGEWUM sein erstes Buch zum Thema »Mythos Nulldefizit« herausgebracht. Damals machte sich die neu gewählte rechts-nationale Regierung in Österreich (in einer Koalition aus Österreichischer Volkspartei und Freiheitlicher Partei Österreich) gerade auf, die Orientierung an Sozialstaatlichkeit durch das Ziel eines Nulldefizits zu ersetzen. Die Sparwut von damals – der unter anderem ein armutssicherndes Pensionssystem und der freie Zugang zu Hochschulbildung zum Opfer fiel – hat sich aber seither nicht verflüchtigt. 2005 hinterfragte der BEIGEWUM in dem Band »Mythen der Ökonomie« die in der europäischen Wirtschaftspolitik dominierende Sachzwanglogik und gab »Anleitungen zur geistigen Selbstverteidigung

in Wirtschaftsfragen«. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde Anlass für ein weiteres Buch: »Mythen der Krise«, welches 2010 erschien. Hier werden »falsche Lehren aus dem großen Crash« auf den Prüfstand gestellt. Die Mythen und Texte beziehen sich schwerpunktmäßig auf die österreichische und deutsche Politik; die Texte liefern Fakten und Daten aus diesen beiden Ländern und dekonstruieren die zugrundeliegenden Mythen. Zudem wird häufig eine europäische Perspektive eingenommen und der Blick in einzelne andere europäische Länder geworfen.

Im jüngsten Buch des BEIGEWUM, »imagine economy« (2012), richtet sich das Augenmerk wiederum auf das Zusammenspiel von Sprache und Macht: Es geht um die Rolle, die sprachliche Wendungen, wie etwa »das Kapital ist scheu wie ein Reh«, »schlanker Staat« oder »Steuerlawine«, gerade auch in der gegenwärtigen Krisenpolitik spielen. Das AutorInnenkollektiv liefert in diesem Buch aber auch Beispiele, die Wunschvorstellungen von einer emanzipativen Veränderung eine Form geben.

Mit dem vorliegenden Buch sollen nun also Mythen rund ums Sparen, um Schulden und rund um die Euro-Zone widerlegt und dekonstruiert werden. Zu Beginn des jeweiligen Kapitels wird der Mythos beschrieben und im Folgenden hinterfragt. Am Ende der einzelnen Mythen wird weiterführende Literatur angegeben. Jedes Mythenkapitel kann auch für sich alleine gelesen werden. Dies dient auch dem Ziel des Buches, breitere wirtschaftliche Bildung zu fördern, die sich gegen vermeintliches ExpertInnenwissen behaupten kann. Dadurch und durch seine möglichst verständliche Sprache möchte das Buch auch einen Beitrag zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und zur wirtschaftspolitischen Fortbildung in Schulen, Fachhochschulen oder Universitäten leisten.

Die vorgestellten Mythen gliedern sich in drei Teile: Der erste Teil beschäftigt sich mit Mythen rund um Schulden: Sind Schulden gut oder böse, sind Zinsen etwa ein Übel und bremsen Schuldenbremsen wirklich Schulden? – Das sind einige der Fragen und Themenbereiche, die dort behandelt werden. Der zweite Teil handelt von Mythen rund ums Sparen und fragt, ob Sparmaßnahmen und Sparzwänge alle gleich treffen und ob wir tatsächlich alle über unsere Verhältnisse gelebt haben. Der dritte Teil schließlich versucht Mythen auf EU-Ebene zu widersprechen und behandelt dabei Themen wie die voranschreitende Entdemokratisierung Europas, die Aushöhlung der Wohlfahrtsstaaten durch die vorherrschende EU-Politik oder die Idee eines Ausscheidens Griechenlands aus der Eurozone.

Am Schluss werden mögliche Szenarien für die weitere Entwicklung der EU bzw. der Eurozone diskutiert und Alternativen zur verfehlten → neoliberalen Spar- und Wettbewerbspolitik aufgezeigt. Die wichtigsten Begriffe werden im Glossar erklärt und sind im Text mit einem Pfeil (→) markiert.

Dieses Buch ist aus einem Arbeitskreis des BEIGEWUM entstanden, der sich in unterschiedlicher Zusammensetzung rund um die Jahreswende 2012/2013 traf. Die Einzelbeiträge wurden dabei diskutiert und gemeinsam weiter entwickelt. An einigen Stellen im Buch können Widersprüche oder unterschiedliche Einschätzungen auftauchen; diese spiegeln unterschiedliche Meinungen innerhalb des Arbeitskreises – und auch den Diskussionsstand in der europäischen Linken – wider. Die Krise ist komplex, und in der Wirtschaftspolitik gibt es immer verschiedene Handlungsmöglichkeiten und Strategien. Es gibt eben nicht die eine Wahrheit. Das wollen wir nicht leugnen und stellen deshalb auch bewusst die mitunter verschiedenen Positionen dar. Folglich bilden nicht alle Beiträge die Meinung aller Mitglieder des AutorInnenkollektivs ab.

Literatur

- Barthes, Roland (1964): *Mythen des Alltags*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- BEIGEWUM (2000): *Mythos Nulldefizit – Alternativen zum Sparkurs*, Wien: Mandelbaum.
- BEIGEWUM/ATTAC Österreich (2010): *Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash*, Hamburg: VSA.
- BEIGEWUM (2005): *Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen*, Hamburg: VSA.
- BEIGEWUM (2012): *imagine economy – Neoliberale Metaphern im wirtschaftspolitischen Diskurs*, Wien: Löcker.
- Jahoda Bauer Institut (2013): <http://www.diekriseverstehen.net/>



»Schulden sind böse – Sparen ist gut«



»Die Staaten in Europa sind zu hoch verschuldet, auch in Deutschland und Österreich muss ein zentrales Ziel von Politik ein ausgeglichener Staatshaushalt sein. Denn Schulden sind prinzipiell etwas Negatives. Zudem werden zukünftige Generationen mit Schulden belastet, nur weil die aktuelle Generation über ihre Verhältnisse lebt. Wie im Privathaushalt soll das Vorbild für den Staat, wie es z.B. auch die deutsche Bundeskanzlerin fordert, »die schwäbische Hausfrau« sein, die sich nur »leistet«, was sie auch bezahlen kann.«

PolitikerInnen unterschiedlichster Couleur, viele ÖkonomInnen und die Medien fordern einhellig starke Sparmaßnahmen zur ausgabenseitigen Sanierung der öffentlichen Haushalte. Mit Hinweisen auf die zu hohe Staatsverschuldung wurden schon in Zeiten vor der Finanz- und Wirtschaftskrise oftmals Ausgabenkürzungen begründet. Auffällig ist dabei, wie wenige ökonomische oder finanzpolitische Argumente in der Diskussion angeführt werden. Stattdessen wird stark moralisch argumentiert oder an das Gewissen der Bürgerinnen und Bürger etwa mit Verweisen auf Sprachbilder des Alltagsverständs wie »die schwäbische Hausfrau« appelliert. Zudem wird behauptet, dass wir den Schuldenabbau unseren Kindern und EnkelInnen schuldig sind, da sie – ohne ihre Einwilligung und ihr Wissen um die Schuldenaufnahme – unsere Schulden erben werden. Mit Zahlenspielen wie der Pro-Kopf-Verschuldung wird die Angst weiter angeheizt und zu zeigen versucht, dass die Verschuldung alle Bürgerinnen und Bürger etwas angeht.

Sind Schulden wirklich so böse?

Nein, prinzipiell handelt es sich um einen hartnäckigen Mythos, und in der Argumentation werden einige Fehler gemacht. Es drängt sich mitunter der Verdacht auf, dass so bildhaft und moralisch argumentiert wird, weil die Verteufelung der Schulden ökonomisch eben nicht belegbar ist. Der erste Fehler besteht darin, Schulden bzw. die damit getätigten Ausgaben immer nur als Kosten zu betrachten. Hier ist dringend ein Umdenken gefordert, denn die Ausgaben sind eben auch Investitionen in Bildung, Infrastruktur, das Gesundheitssystem; kurz: in die Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger des Staates. Der Verschuldung und den Krediten stehen auch Vermögenswerte (wie Straßen, Schulen, Krankenhäuser etc.) mit gesellschaftlichem Nutzen gegenüber.

Zudem, und das ist Fehler Nummer zwei, ist der Staatshaushalt gerade nicht mit dem Privathaushalt gleichzusetzen. Denn erstens ist das

Einkommen eines Staates nicht statisch gesetzt – die Steuergesetzgebung ist Sache der Parlamente. Zudem sind Staaten auf Dauer konzipiert und können deshalb – im Gegensatz zu sterblichen Personen – »bis in alle Ewigkeit« Einkommen erzielen, aus denen die Schulden bedient werden können. Folglich müssen sie die Schulden nicht abbauen, sondern lediglich das langfristige Verhältnis zwischen Einkommen und Schuldendienst stabilisieren. Der Maßstab für diese Relation ist das Allgemeinwohl. Drittens ist der Staatshaushalt so groß, dass Veränderungen der Ausgaben und Einnahmen auch gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben. Sehr einfach dargestellt sinken bei großen Ausgabenkürzungen, etwa im Sozialbereich, die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger (z.B. über das Kürzen der Sozialtransfers). Weniger Einkommen bedeutet, dass weniger konsumiert wird, die Nachfrage nach Produkten sinkt und die Unternehmen auf Dauer ihre Produktion reduzieren und ArbeitnehmerInnen entlassen. Folglich steigt die Arbeitslosigkeit und mehr Menschen sind auf Sozialtransfers (= Staatsausgaben) angewiesen und zahlen keine Steuern (= Staatseinnahmen) mehr. Letztendlich muss eine Ausgabenreduktion des Staates nicht unbedingt in niedrigeren Budgetdefiziten resultieren, da die Staatseinnahmen schneller sinken können als die Staatsausgaben. Dies ist im Privathaushalt nicht der Fall, da das Einkommen, der Lohn, gleich bleibt und bei einer Verringerung der Ausgaben tatsächlich gespart wird. Umgekehrt können höhere Staatsausgaben langfristig zum »Sparen« führen, da Investitionen Aufträge für Unternehmen bedeuten und dadurch bedingt mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können und dementsprechend die Arbeitslosigkeit sinkt. Mehr Arbeitsplätze bringen höhere Einkommen mit sich, die konsumiert werden können und zu weiteren Produktionserhöhungen führen. Es sind weniger Sozialtransfers notwendig, und die Staatseinnahmen steigen über ein höheres Steueraufkommen. Nicht zuletzt aus diesen Gründen wurden schließlich beim Ausbruch der Krise von vielen Staaten kreditfinanzierte Konjunkturpakete geschnürt, um ein weiteres Einbrechen der Wirtschaft zu vermeiden. Welche ökonomischen Reaktionen auf eine Reduktion oder eine Ausweitung staatlicher Tätigkeit erfolgen, ist demnach vom konkreten ökonomischen Umfeld und nicht von abstrakten Sparüberlegungen abhängig.

Aber: Sind Schulden prinzipiell gut?

Nein, die Aufnahme von Schulden darf kein Selbstzweck sein. Entscheidend sind das ökonomische Umfeld (wie Zinssätze, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung), der Stand der Staatsverschuldung und der

Spielraum bei der Erhöhung der Einnahmen bzw. beim Kürzen der Ausgaben. In vielen Fällen ist es besser, die notwendigen Staatsausgaben durch laufende Einnahmen zu decken, da so keine Zinszahlungen fällig werden. Denn die Mittel, die für Zinszahlungen aufgewendet werden müssen, stehen nicht mehr für andere Staatsausgaben zur Verfügung. Die Aufnahme von neuen Schulden muss jedenfalls gut durchdacht und begründet sein. Ein Bewertungskriterium hierfür liefert der Finanzwissenschaftler Giacomo Corneo, der auf die Frage, wann ein Staat Schulden aufnehmen sollte, folgende Antwort gibt: »wenn für seine Bürger der Ertrag der damit finanzierten Maßnahmen (Steuersenkung, Transfererhöhung, Erhöhung des Staatskonsums oder der öffentlichen Investitionen) die Kosten der Verschuldung (Zinsen und Tilgung) übersteigt«. Oberstes Ziel muss sein, die Wohlfahrt zu maximieren. Corneo räumt ein, dass diese Regel in der Praxis nicht immer einfach anzuwenden ist, da beispielsweise der Nutzen oft nur schwer in Geld bewertet werden und damit den Kosten direkt gegenübergestellt werden kann (Corneo 2009: 5). Dennoch ist diese Faustregel sicher hilfreicher, als Schulden per se abzulehnen.

Neben der Problematik der Messbarkeit des Nutzens bleibt die Finanzierungsmöglichkeit als Problem bestehen. So kann ein Staat sich nur verschulden, wenn jemand bereit ist, Geld zur Verfügung zu stellen. Die Entwicklung in den letzten Jahren in der Eurozone hat gezeigt, dass die Finanzmärkte alleine nicht ausreichen, sondern es eine Institution wie die → Europäische Zentralbank (EZB) geben muss, die im Notfall als Geldgeberin einspringt. Andernfalls kann die Zinsbelastung bei einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung rapide ansteigen, bis die Finanzierungsfähigkeit vollends verloren geht. Entgegen der Mehrheitsposition in der öffentlichen Debatte hat die Höhe des Schuldenstandes nur bedingt Einfluss auf die Finanzierungsfähigkeit: Während in der → OECD 2011 etwa Spanien mit einer unterdurchschnittlichen → Staatsschuldenquote überdurchschnittliche Zinsen zu zahlen hatte, hatte ausgerechnet Japan als das Land mit der höchsten Staatsverschuldung den niedrigsten Zinssatz zu zahlen (u.a. aufgrund massiver Anleihekäufe durch die Zentralbank sowie die staatliche Postbank, der niedrigen Inflation und des hohen Inlandsvermögens).

Ist Sparen gut?

»Der Staat muss sparen«. Auch dies ist in der Diskussion immer wieder zu hören und mag im ersten Moment einleuchtend klingen, denn wenn zu viel Geld ausgegeben wurde, muss eben gespart werden. Aber auch hier scheint es am ökonomischen Grundverständnis zu mangeln,

denn grundsätzlich gilt: Das Sparen der einen bedingt immer die Verschuldung der anderen. Die Summe aller finanziellen Forderungen und Guthaben ist stets null. Das gleiche gilt für die Wirtschaftssektoren: private Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland. Das Sparen des einen Sektors bedingt die Verschuldung eines anderen, die Verschuldungsbereitschaft ermöglicht erst das Sparen. In der Wirtschaftstheorie wird dabei grob davon ausgegangen, dass die Haushalte in Summe mehr sparen als investieren, die Unternehmen investieren (= sich verschulden) und der Staat ausgleichend wirkt. Die Bilanz gegenüber dem Ausland sollte über die Jahre hinweg ausgeglichen sein. Die privaten Haushalte in Deutschland und Österreich sparen seit Jahren und auch aktuell, wie die Tabelle 1 für das Jahr 2011 zeigt.

Allerdings sparen derzeit auch die Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften): In Deutschland haben sie in den vergangenen zehn Jahren lediglich 2003 und 2008 mehr investiert als gespart, in Österreich haben sie immerhin in drei der letzten zehn Jahre mehr gespart als investiert. Das überschüssige Geld ist dann oft am Finanzmarkt veranlagt worden. Wenn aber private Haushalte und Unternehmen sparen, dann bleiben nur der Staat und das Ausland als Schuldner, da sich die Sektoren immer zu Null addieren müssen. Für Deutschland zeigt die Tabelle eine enorme Verschuldung des Auslands, bei Österreich ist die Auslandsverschuldung eher gering, der Staat absorbiert hier die Mittel in größerem Ausmaß.

Wenn dieser Zusammenhang verstanden wird, dann sind die immer wieder erhobenen politischen Forderungen aber absurd: GriechInnen, SpanierInnen, IrInnen etc. zu erklären, dass sie ihre Schulden schleunigst abbauen müssen, und gleichzeitig die Bedingungen für einen Abbau – Stichwort: → Leistungsbilanzungleichgewichte und/oder koordinierte Investitionsförderungs- und Umverteilungsprogramme – zu verunmöglichen, ist paradox und ökonomischer Unsinn.

Tabelle 1: Finanzierungssalden im Jahr 2011 (in Mrd. €)

| | Deutschland | Österreich |
|-----------------------|--------------------|-------------------|
| Kapitalgesellschaften | 28,6 | 3,6 |
| Staat | -19,7 | -7,8 |
| Haushalte | 136,0 | 7,1 |
| Ausland | -144,9 | -3,0 |
| Summe | 0 | 0 |

Anmerkung: Rundungsdifferenzen sind nicht berücksichtigt.
Datenquelle: Eurostat (12.1.2013)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Ohne Verschuldung ist auch kein Sparen möglich. Denn jeder Geldforderung muss immer irgendwo eine Verbindlichkeit in gleicher Höhe entgegenstehen. Heiner Flassbeck, Chefökonom der UN-Welthandels- und Entwicklungs-Konferenz (UNCTAD), hält dazu fest: »Wer das sagt, nimmt der Verschuldung sofort das Bedrohliche, weil es ja nur noch um die Frage geht, wer sich verschuldet, nicht um die Frage, ob sich überhaupt einer verschuldet.« Und: »Auch würde man den Bürgern verdeutlichen, dass es keinen Sinn macht, jeden Tag über die Verschuldung herzuziehen, wenn man selbst genau dazu über sein Sparen beiträgt.« (Flassbeck 2012) Es scheint zumindest so, als ob oft gerade diejenigen am lautesten über die Schulden des Staates schimpfen, die selber – angeblich vorbildlich – sparen. Doch wer nimmt das Geld auf und zahlt die Zinsen, die, wenn man sie erhält, auf einmal etwas sehr Positives sind?

An dieser Stelle wird auch der Zusammenhang von öffentlicher Verschuldung und der Wirtschafts- und Finanzkrise insgesamt deutlich. So war es etwa in Österreich in den 1960er Jahren möglich, dass der Sozialstaat massiv ausgebaut wurde, der Staatshaushalt aber trotzdem einigermaßen ausgeglichen war. Die Unternehmen nahmen durch hohe Schulden damals Investitionen in die Realwirtschaft vor. Mit der Ausbreitung des Finanzkapitalismus schränkten die Unternehmen jedoch diese realen Investitionen zunehmend ein und verlagerten sie an die Finanzmärkte. Im Finanzkapitalismus geht es – sehr kurz gesagt – darum, das Kapital durch finanzielle Veranlagungen auf den Finanzmärkten, etwa über kurzfristige Spekulationen, zu vermehren und nicht, wie im Realkapitalismus, durch Investitionen auf den Gütermärkten. Da die privaten Haushalte weiter sparten, blieb das Ansteigen der Staatsverschuldung nicht aus.

Wird nun noch einmal das Ausland mitbetrachtet, bleibt die Aussage unverändert. Dies zeigt etwa Wolfgang Münchau (2010) auf: Er hält fest, dass ein → Leistungsbilanzüberschuss der Summe der Ersparnisse der privaten Haushalte und der Neuverschuldung des Staates entspricht. Die Leistungsbilanzen aller Länder weltweit addieren sich zu null, da jedem Export irgendwo ein Import gegenübersteht. Das bedeutet aber nach obiger Feststellung auch, dass sich die Überschüsse bzw. Defizite der privaten und öffentlichen Haushalte weltweit ebenfalls zu null addieren. Woraus gefolgert werden kann, dass weder alle Staaten ein Exportmodell verfolgen können, noch dass alle Staaten mehr sparen als investieren können. Diese Feststellung zeigt die Unsinnigkeit der EU-Debatte und auch die der Forderung europäischer PolitikerInnen, dass die USA sparen müssen.

Müssen unsere EnkelInnen die Zeche zahlen?

Auch mit diesem oft gehörten Ausspruch wird an das moralische Gewissen der »guten« StaatsbürgerInnen appelliert wird. Wir seien es unseren Kindern und EnkelInnen »schuldig«, ihnen einen ausgeglichenen Haushalt zu hinterlassen. Es handle sich um eine Frage der Generationengerechtigkeit. Doch auch diese Behauptung ist falsch. Denn da jeder Verbindlichkeit auch eine Forderung gegenübersteht, erben unsere EnkelInnen nicht nur die Schulden, sondern auch die Forderungen (also die Vermögen). Es geht demnach um Verteilungsfragen innerhalb einer Generation und nicht zwischen den Generationen. Denn einerseits müssen durch Steuerzahlungen auch die Zinsen für die Staatsschulden gezahlt werden, andererseits erhalten die EigentümerInnen von Staatspapieren Teile dieser Zinsen. Hier müsste also viel stärker an Verteilungsfragen zwischen »Arm« und »Reich« angesetzt bzw. Menschen mit Vermögen und hohem Einkommen wieder stärker an der Finanzierung des Staats beteiligt werden (etwa über Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie höhere Spitzensteuersätze in der Einkommensteuer), statt über Generationengerechtigkeit zu reden.

Des Weiteren erben die EnkelInnen nicht nur die Schulden, sondern haben einen Nutzen von den damit finanzierten Infrastrukturmaßnahmen (Straßen, Schulen, Krankenhäuser etc.) und können deshalb durchaus auch an deren Finanzierung beteiligt werden. So könnte der wissenschaftlich unsinnigen Behauptung, dass unsere EnkelInnen unsere Schulden erben, ohne gefragt worden zu sein, ob sie die Schuldenaufnahme für sinnvoll hielten, entgegengesetzt werden, dass die EnkelInnen ja genauso gut fragen könnten, warum eigentlich nicht mehr Schulden aufgenommen wurden, um ihnen bessere Schulen und sportliche oder kulturelle Angebote zu ermöglichen. Ferner werden politische Entscheidungen, die in die weitere Zukunft reichen, zwangsläufig immer ohne die Meinung derjenigen, die einmal davon betroffen sein werden, gefällt. Nur: sonst stört das niemanden.

Schuldenabbau – was steht wirklich hinter der Forderung?

Es wird schnell deutlich, dass hinter den moralischen Appellen und der Art der Argumente, die in der Schuldendiskussion angeführt werden, eine bestimmte Weltanschauung steht. Es geht darum, den Staat »auszuhungern« (*»starve the beast«* – die Bestie aushungern), denn weniger Mittel bedeuten auch reduzierte politische Handlungsmöglichkeiten. Zudem sollen die BürgerInnen mit Aussagen wie der, dass »wir« über die Verhältnisse gelebt haben, auf Sparmaßnahmen und Kürzungen von Sozialleistungen vorbereitet werden. Der Staatshaus-

halt könnte zwar selbstverständlich auch über höhere Steuereinnahmen ausgeglichen werden, dies ist in der öffentlichen Diskussion aber äußerst selten zu hören. Auch wird kaum auf die hohe Ersparnis der privaten Haushalte und die immer weiter steigenden Ungleichheiten zwischen »Arm« und »Reich« eingegangen. Anstatt immer nur mit Pro-Kopf-Verschuldungen und Hinweisen, wie hoch ein neugeborenes Kind bereits verschuldet sei, zu argumentieren, könnten genauso gut die – allerdings sehr ungleich verteilten – Nettovermögen dargestellt werden. Das private Geldvermögen (ohne Sachvermögen!) betrug Ende September 2012 in Deutschland knapp 4,9 Billionen Euro bzw. 519 Mrd. Euro in Österreich (EZB 2013), die öffentliche Verschuldung hingegen lediglich 2,15 Billionen Euro bzw. 227 Mrd. Euro in Österreich (Eurostat 2013). Bedenkt man, dass dem Geldvermögen noch die Sachvermögen wie etwa Immobilien hinzuzufügen sind, dann wird deutlich, dass die privaten Nettovermögen um ein Mehrfaches über den öffentlichen Schulden liegen. Die Debatte um die vermeintlich sehr problematische Staatsverschuldung erscheint so in einem völlig anderen Licht. Denn diese Fakten anerkennend geht es weniger um einen Schuldenabbau als um eine Umverteilung und Beteiligung von Menschen mit hohem Vermögen und Einkommen an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben und des Sozialstaates.

Literatur

- Corneo, Giacomo (2009): Verschuldung und Konsolidierung, http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/finanzen/corneo/dp/Verschuldung_und_Konsolidierung.pdf (Zugriff: 6.1.2013).
- Eurostat (2013): Öffentlicher Schuldenstand des Euroraums und der EU27 nahezu stabil bei 90,0% bzw. 85,1% des BIP, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-23012013-AP/DE/2-23012013-AP-DE.PDF (Zugriff: 27.3.2013).
- EZB (2013): Statistical Data Warehouse, Financial accounts, 3.5. Households, <http://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000002539> (Österreich; Zugriff: 8.4.2013); <http://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000002409> (Deutschland; Zugriff: 8.4.2013).
- Flassbeck, Heiner (2012): Die Zukunft der Schulden, http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/120307_flassbeck_schulden_und_zukunft.pdf (Zugriff: 6.1.2013).
- Himpele, Klemens (2010): »Schuldenbremse« als Politikverzicht, in: Forum Wissenschaft 4/2010, S. 47-50.
- Münchau, Wolfgang (2010): Makrostrategien. Sicher investieren, wenn Staaten pleitegehen, München, S. 26ff.
- Schulmeister, Stephan (2010): Es zahlt sich aus! Für eine offensive Konsolidierungsstrategie, in: Solidarität, September 2010, S. 12.